Freitag, den 2. September 1932

Opłata pocztowa uiszczona ryczałtem

Einzelnummer 15 Groschen

Lodzer Volkszeitung

Zentralorgan der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens.

Nr. 242. Die „Lodzer Volkszeitung“ erscheint täglich morgens, an Tagen nach einem Feiertag oder Sonntag mittags. Abonnementspreis: monatlich mit Zustellung ins Haus und durch die Post Zloty 4.—, wöchentlich Zloty 1.—; Ausland: monatlich Zloty 7.—, jährlich Zloty 84.—. Einzelnummer 15 Groschen, Sonntags 25 Groschen.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Lodz, Petrikauer 109. Telephon 136-90. Postscheckkonto 63.508. Geschäftsstunden von 7 Uhr früh bis 7 Uhr abends. Sprechstunden des Schriftleiters täglich von 2.30—3.30.

Anzeigenpreise: Die siebengespaltene Millimeterzeile 15 Groschen, im Text die dreigespaltene Millimeterzeile 60 Groschen. Stellengesuche 50 Prozent Stellenangebote 25 Prozent Rabatt. Vereinsnotizen und Ankündigungen im Text für die Druckzeile 1.— Zloty; falls diesbezügliche Anzeige aufgegeben — gratis. Für das Ausland 100 Prozent Zuschlag.

10. Jahrg.

Ausbreitung der Streikwelle

Der Streik im Naphthagebiet ausgebrochen. Der Gdingener Hafen durch Streik vollständig stillgelegt. Polizei entfernt streikende Arbeiter in Lodz aus der Fabrik.

Vorgestern abend fand in Boryslaw eine große Versammlung der Arbeiter der Bergbau-, der Eisen- und der chemischen Industrie statt, in welcher zu den Forderungen der Industriellen, die bekanntlich auf Kürzung der Löhne und Abschaffung verschiedener sozialer Leistungen lauten, Stellung genommen wurde. Es wurde der einstimmige Beschluß gefaßt, Donnerstag um 12 Uhr nachts in den Streik zu treten.

Um den Streik noch im letzten Moment zu verhindern, berief der Arbeitsinspektor in Boryslaw für gestern abend eine Konferenz der Arbeiter mit den Vertretern der Unternehmer ein. Diese Konferenz zeitigte jedoch infolge der unnachgiebigen Haltung der Unternehmer kein Resultat. Der Streik ist demnach nachts um 12 Uhr ausgebrochen.

Der Streikverlauf in Gdingen.

Der Streik der Matrosen und Transportarbeiter in Gdingen wird mit ganzer Konsequenz durchgeführt. Insgesamt streiken **250 Matrosen und 1500 Transportarbeiter.** Der Streik ist deshalb ausgebrochen, weil die Unternehmer den Arbeitern die Löhne um 15 Prozent kürzen wollten, wobei die Arbeiter auch noch die Versicherungsgebühren von 3 Prozent zahlen sollen. Eine gestern beim Arbeitsinspektor stattgefundene Konferenz der Streikenden mit den Unternehmern hat zu keinem Ergebnis geführt. Der Streik wurde gestern noch **verschärft,** indem die Arbeiter auch solcher Zweige des Hafenbetriebes, die bisher nicht gestreikt haben, nunmehr ebenfalls in den Streik getreten sind. **Die Eisenbahnlinien sind von Waggons, die nicht verladen werden, überfüllt. Auch im Hafen liegen zahlreiche polnische und fremde Schiffe, deren Ladung nicht gelöscht werden kann.** Versuche der Unternehmer, die Ladungen im Danziger Hafen löschen zu lassen, sind mißlungen, da sich **die Danziger Arbeiter weigern,** die Verladung der Waren, die für Gdingen bestimmt sind, vorzunehmen. Infolge des Streiks sind folgende Schiffe in Gdingen stillgelegt: „Krakow“, „Kosciuszko“, „Niemen“. „Tczew“, „Gdansk“, „Warszawa“, „Premjer“, „Lwow“ und „Lodz“. Der bisherige Verlauf des Streiks ist ruhig. **Die drei in Gdingen bestehenden Transportarbeiterverbände haben eine gemeinsame Streikleitung gebildet,** so daß der Streik in der ganzen Stadt wie im Hafen einheitlich geführt wird.

Erneute Lohnkürzuung in den Erzgruben des Dombrowaer Reviers.

In Tschenstochau fanden Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern im Erzkohlenbergbau statt. Ziel der Verhandlungen war eine Einigung über die geplante Lohnkürzung zu erlangen. Nach langen Besprechungen einigten sich Arbeitnehmer und Arbeitgeber dahin, die Löhne der Akkordarbeiter und der gewöhnlichen Arbeiter um 4—11 Prozent zu kürzen. Außer der Lohnkürzung wollten die Industriellen die Aufhebung der Arbeiterdelegationen(!), die Abschaffung der kostenlosen Lieferung von Grubenlampen und anderem durchsetzen, mußten aber davon absehen, da sich die Arbeiter mit aller Macht dagegen wehrten.

Auf der Konferenz wurde ferner die Möglichkeit erwähnt, die Erzgruben „Franz“ und „Konopiska“ wieder zu eröffnen. Die Gruben sollen am 15. September wieder in Betrieb genommen werden. Etwa 700 Arbeiter würden dadurch neuen Broterwerb erhalten.

Der Streik in der Fabrik Strem beendet.

Der seit fünf Wochen andauernde italienische Streik in der Fabrik „Strem“ ist gestern endgültig liquidiert worden. Fünf Wochen lang haben die Arbeiter innerhalb der Mauern der Fabrik gelagert und sich geweigert, auf eine Kürzung der Löhne einzugehen. Man einigte sich schließlich dahin, daß die Arbeiter das Terrain der Fabrik verlassen sollen, wofür sie die Deputatkohle weiter erhalten und eine Schicht im Monat umsonst arbeiten werden. Mit dem 1. September hat die Fabrik ihren Betrieb wieder aufgenommen.

Der Streik in Alexandrow dauert weiter an

Eine ergebnislose Konferenz.

Im Alexandrower Magistrat fand eine zweite Konferenz der streikenden Arbeiter der Strumpfindustrie mit den Vertretern der Industriellen statt. Den Vorsitz führte Arbeitsinspektor Opolski. Da es während der Verhandlungen zu keiner Einigung kam, so erklärten sich beide Teile damit einverstanaden, eine Revision des Lohntarifs vorzunehmen und eine neue Konferenz einzuberufen, die heute um 11 Uhr stattfinden soll. Das einzige Ergebnis der Konferenz bestand in einer gewissen Milderung der Differenzen in den Bedingungen, da die Arbeiter auf eine Senkung der Löhne um 5 Prozent eingingen, während die Industriellen weiterhin darauf bestehen, die augenblicklichen Lohnnormen um 15 Prozent zu senken. (a)

Die Streikaktion in Lodz.

In der Streiklage in Lodz ist gestern keine wesentliche Aenderung eingetreten. Die Arbeiter verharren nach wie vor auf ihrem Standpunkt, es zu weiteren Lohnkürzungen nicht kommen zu lassen. Eine Erweiterung hat der Streik insofern erhalten, als nun auch die Arbeiter der Wollmanufaktur von Dessourmont, Motte u. Co. in den Streik getreten sind. Außerdem befinden sich auch die Arbeiter der Industriewerke von J. P. Poznanski in einem Lohnkonflikt mit der Fabrikleitung, der möglicherweise auch zu einem Streik führen kann.

Der Streik bei Scheibler und Grohman hat gestern nur insofern eine Aenderung erfahren, als die Arbeiter die Fabrikgebäude verließen: aus der Spinnerei am Wasserring wurden sie von der Polizei zwangsweise entfernt, in Pfaffendorf verließen sie die Fabrik von selbst, da sie nach der Entfernung der Arbeiter am Wasserring ein weiteres Verharren im italienischen Streik hier allein für zwecklos hielten. Ueber den Vorgang in der Spinnerei am Wasserring liegen uns zwei verschiedene Darstellungen vor: eine polizeiliche Darstellung, die uns von der Stadtstarostei zugesandt wurde, und eine solche, die wir von den Arbeitern erhielten.

Ein polizeiamtlicher Bericht über die Entfernung der Arbeiter aus der Fabrik

Die Lodzer Stadtstarostei hat uns gestern auf telephonischem Wege folgenden amtlichen Bericht zur Veröffentlichung übersandt:

„Gemäß einer Ankündigung der Direktion von Scheibler und Grohman begann am 1. d. Mts. die Auszahlung des erarbeiteten Lohnes an die streikenden Arbeiter im Lokal, Emilienstraße 28 und 30.

In den Mittagsstunden begannen sich die Arbeiter vor der Fabrik am Wasserring zu versammeln. Die Polizeifunktionäre, die auf dem Wasserring Dienst taten, informierten die Arbeiter dahin, daß die Lohnauszahlung im Lokale der ehemaligen Kooperative, Emilienstraße 28, erfolge und wiesen sie an, sich dorthin zu begeben. Die Informationen der Polizisten waren erteilt gemäß den von der Fabrikdirektion erlassenen Bekanntmachungen. Die in der Fabrik verbliebenen Arbeiter, unzufrieden darüber, daß die außerhalb des Fabrikgebäudes befindlichen Arbeiter nach Geld gehen, bewarfen darauf die Polizeifunktionäre ohne jeden Grund durch das Fenster und das Tor mit Eisenstücken, Schrauben usw. Gleichzeitig drang ein Teil der in der Spinnerei verbliebenen Arbeiter zum Tore vor, schob den Portier beiseite und wollte die unter dem Fenster vorübergehenden Arbeiter hineinlassen. Während dieses Zwischenfalls wurde ein Polizist leicht verletzt. Die Polizei hat es nicht zugelassen, daß die Arbeiter in die Fabrik eindrangen. Angesichts des aggressiven Verhaltens der Arbeiter gegenüber der Polizei wurde auf Veranlassung der Behörden die Arbeiter aus der Fabrik entfernt. Die Arbeiter, in einer Anzahl von etwa 120, verließen in Ruhe die Spinnerei ohne Widerstand zu leisten, so daß Waffengehalt nicht angewendet werden brauchte. Während des **Eingreifens** der Polizei wurden drei Arbeiter, die die Initiatoren **des** Angriffs gewesen sind, zwangsgestellt. Nach **Verlassen** der Fabrik durch die Arbeiter wurde diese von der Fabrikdirektion geschlossen.

Die Arbeiter der Spinnerei in Ksienzy Mlyn (Pfaffendorf) haben das Fabrikterrain freiwillig verlassen.“

Ein Bericht aus Arbeiterkreisen.

Zu diesem polizeiamtlichen Kommunique der Stadtstarostei haben wir über den Vorgang vor der Spinnerei am Wasserring folgende Darstellung erhalten: Vor dem Fabrikgebäude am Wasserring fanden sich gestern ebenso wie schon am Mittwoch einige streikende Arbeiter ein, die sich nicht im Inneren der Fabrik befanden. Diese Arbeiter verhielten sich ruhig, da sie **unter allen Umständen ein Eingreifen der Polizei vermeiden wollten,** wußten sie doch, daß ein solches Eingreifen der Polizei die sofortige zwangsweise Entfernung der in der Fabrik befindlichen streikenden Arbeiter zur Folge haben wird, was dann ganz dem Wunsche der Fabrikdirektion entsprechen würde. Durch ihre Besonnenheit gelang es den Arbeitern auch, der Polizei keinen Anlaß zum Eingreifen zu geben. Dieser fand sich aber aus einem anderen Grunde. **Als eine Frau ihrem in der Fabrik befindlichen Manne Essen brachte, wurde sie von der Polizei nicht an das Fabriktor herangelassen,** was bisher noch nicht geschehen war. Denn bis dahin konnte den Arbeitern Essen in die Fabrik gebracht werden. Die in der Fabrik befindlichen streikenden Arbeiter bemerkten dies und begannen zu lärmen. Auch flogen vom Fabrikterritorium einige eiserne Gewichte auf die Straße. Damit war der Anlaß für das Eingreifen der Polizei gegeben. **Sofort drang eine starke Polizeiabteilung in die Fabrik ein, verhaftete drei Delegierte der Arbeiter und zwang die übrigen Arbeiter zum Verlassen der Fabrik.** Auf diese Weise ist der Wunsch der Fabrikdirektion, die Fabrik von den streikenden Arbeitern zu befreien, in Erfüllung gegangen.

Nachdem die streikenden Arbeiter in Pfaffendorf erfuhren, auf welche Weise man ihre Kampfgenossen vom Wasserring aus der Fabrik entfernt hat, beschlossen sie, es hier nicht auch dazu kommen zu lassen und verließen allein die Fabrik.

Heute Versammlung der Streikenden

Gestern fand beim Arbeitsinspektor eine Konferenz der Vertreter der streikenden Arbeiter und der Fabrikleitung statt, in deren Ergebnis die Arbeiter beschlossen, heute eine Versammlung der Streikenden einzuberufen, in welcher Stellung zu den von der Fabrikverwaltung vorgelegten Bedingungen genommen werden soll.

Streik bei Paul Dessurmont.

In der Fabrik „Paul Dessurmont, Motte und Co“ Wulczanskastraße 219, traten vorgestern die Arbeiter in

Ausstand. Denn auch diese Firmt hatte die Absicht, die Löhne zu kürzen. Die Streikenden wandten sich an die Verbände und den Arbeitsinspektor um Vermittlung. (p)

Lohnkonflikt auch bei J. K. Poznanski.

Auch bei J. K. Poznanski wurden die Lohnkürzungen vorgenommen, jedoch um eine Woche später als bei Scheibler und Grohman. Gegenwärtig wird zwischen Firma und Arbeitervertretern verhandelt. Die Arbeiter sind mit einer kleinen Lohnsenkung einverstanden, stellen aber die Bedingung, daß die am wenigsten verdienenden Arbeiter davon nicht betroffen werden. Es ist wahrscheinlich, daß eine gütliche Einigung zustandekommt. (p)

Auch die nichtorganisierten Handwirker streiken.

Der Konflikt entstand wegen von den Handwirkern gestellten Lohnforderungen. Mit dem Beginn der Saison riefen diese Arbeiter mehrere Versammlungen unter freiem Himmel ein, auf denen beschlossen wurde, 100 Prozent Lohnaufbesserung zu verlangen. Da die Arbeitgeber darauf nicht eingingen, brach gestern Streik aus, an dem sich 800 Arbeiter beteiligen. (p)

Drei Lodzer Zeitungen beschlagnahmt.

Gestern wurden die Lodzer Zeitungen „Glos Poranny", „Dziennik Lodzki" und „Prond" beschlagnahmt. Wie die Stadtstarostei mitteilt, erfolgten die Konfiskationen wegen Besprechungen des Streiks in den Fabriken von Scheibler und Grohman. (p)

Belebung im Sejm.

Wie üblich am ersten eines jeden Monats war auch gestern im Sejm eine Belebung festzustellen. Verschiedene Klubs hielten Beratungen ab. Der Klub der Volkspartei nahm eine scharfe Entschließung **gegen die Einführung der neuen Strafgesetzbestimmungen,** die **Aufhebung der Nichtversetzbarkeit der Richter** und gegen die Einführung der **Standgerichte** in Polen an. Es wurde beschlossen, zu Beginn der nächsten Sejmsession in diesen Angelegenheiten mit entsprechenden Anträgen hervorzutreten.

Der Klub der PPS. entsandte an **die streikenden Arbeiter der Naphthagruben** ein Telegramm, in welchem den Arbeitern ein günstiger Streikausgang gewünscht wird.

Außerdem fanden lose Besprechungen zwischen den Vertretern der Oppositionsparteien statt, in welchen die Frage eines gemeinsamen Schrittes zwecks **Einberufung einer außerordentlichen Sejmsession** erörtert wurde.

Der Staatspräsident

ist gestern aus seinem Sommersitz in Spala nach Warschau zurückgekehrt.

Internationaler Kongreß des Post- und Telegraphenpersonals.

In Luzern fand dieser Tage der Internationale Kongreß des Post-, Telephon- und Telegraphenpersonals statt. Im Mittelpunkt der Beratungen standen: Lohn- und Gehaltskürzungen, Wirtschaftskrise und Kriegsächtung.

Die Regierungen aller Länder haben, um ihr Budget ins Gleichgewicht zu bringen, Angriffe auf die Bezüge des Postpersonals unternommen. Solche Angriffe erfolgten auch dort, wo die Post einen bedeutenden und wachsenden Ueberschuß aufweist und die Leitung des Personals durch Mechanisierung und Rationalisierung von Jahr zu Jahr gesteigert wird. Der Kongreß verurteilte die Politik der Kürzung der Bezüge. Diese zerstöre noch weiter die an sich schon bedenklich gesunkene Kaufkraft der arbeitenden Bevölkerung und gebe nur den Privatunternehmern Anreiz zu weiterem Lohnabbau.

Gegenüber dem verfehlten Versuch, die Krise durch immer neuen Lohn- und Gehaltsabbau einzudämmen, lenkte der Kongreß die Aufmerksamkeit der angeschlossenen Verbände auf die Anstrengungen der Internationalen Arbeitsorganisation zur Belebung der Wirtschaft, vor allem auf dem Wege großer internationaler Arbeiten und einer internationalen Währungsverständigung. Der Kongreß ersucht alle nationalen Gruppen, bei ihren Regierungen vorstellig zu werden, damit diese ihre Vertreter auf der Völkerbundversammlung anweisen, die Wünsche der Internationalen Arbeitskonferenz zu unterstützen.

Zur Erhaltung des Friedens forderte der Kongreß die Regierungen auf, gegen jedes Land, das sich weigern sollte, entsprechend dem Geist des Kellogg-Paktes einen Streitfall dem Internationalen Schiedsgerichtshof im Haag zu unterbreiten, den Boykott zu erklären.

Der Postinternationale sind 38 Organisationen angeschlossen; davon haben 23 ihren Sitz in europäischen, 5 in außereuropäischen Ländern, nämlich in den Vereinigten Staaten, in Kanada, Australien, Niederländisch-Indien und Palästina. Die Mitgliedschaft der angeschlossenen Organisationen beträgt 423 435. Der Kongreß war von 87 Delegierten beschickt. Der Vollzugsausschuß der IPTT wurde in seiner bisherigen Zusammensetzung wiedergewählt. Die deutschen Postpersonalorganisationen sind im Vollzugsausschuß durch Bender-Gesamtverband und Lenz-Reichsverband vertreten.

Sie haben keine anderen Sorgen.

Der Aufrüstungsplan der Papenregierung

Rüstungsgleichheit mit den anderen Großmächten gefordert.
Die Denkschrift an die französische Regierung.

Paris, 1. September. Die Denkschrift der deutschen Reichsregierung über die Rüstungsgleichheit ist noch in den Abendstunden des Mittwoch durch einen Sonderkurier nach Cherbourg gebracht und dem französischen Ministerpräsidenten überreicht worden. Herriot wird sie dem Kabinettsrat vorlegen, der am Donnerstag abend zusammentritt. Bisher lehnte er es ab, dazu Stellung zu nehmen und beschränkte sich auf die Erklärung, daß der deutsche Schritt nicht überrasche, da er gewissermaßen vorher angekündigt worden sei. Ehe er jedoch dazu Stellung nehmen könne, wolle er das Schriftstück genau studieren. Auch werde es Gegenstand eines Meinungsaustausches der interessierten Regierungen sein.

In der Pariser Presse hat die Ueberreichung der deutschen Note wie eine Bombe gewirkt. Obgleich man im allgemeinen mit einem derartigen Schritt der Reichsregierung rechnete, glaubte man doch nicht, daß er in einem Augenblick erfolgen würde, in dem die Reichsregierung durch die innerpolitischen Angelegenheiten so stark in Anspruch genommen ist.

„Journal" erinnert an die ersten beiden Vorstöße der Reichsregierung in Genf und Lausanne, die Frage der Gleichberechtigung Deutschlands in der Abrüstungsfrage aufzurollen, und erklärt, daß auch diesem dritten Versuch das gleiche Schicksal zuteil werden würde wie den beiden ersten. Ganz abgesehen von den grundverschiedenen grundsätzlichen Erwägungen, die sich der deutschen Forderung entgegenstellten, erfolgte der Schritt der Reichsregierung in einem Augenblick der innerpolitischen Entwicklung, die für die Behandlung dieser Frage sehr ungeeignet seien. Das Blatt faßt die Forderungen der Reichsregierung, die in der Denkschrift aufgeführt werden, in 10 Punkte zusammen, die im wesentlichen den Ausführungen des Reichswehrministers Schleicher in Res to del Carlino und im „Heimatdienst" entsprechen. Deutschland fordere:

1. Eine Aenderung der bisherigen Statuten der Reichswehr, die sich auf der 12jährigen Dienstzeit aufbauen.

2. Einführung einer Militärdienstzeit, die ein Mittel zwischen der Militärdienstpflicht und der Dienstzeit eines Berufsheeres darstellt.

3. Schaffung eines Heeres von 300 000 Mann.

4. Wiederherstellung der schweren Artillerie und der Küstenartillerie.

5. Die Schaffung eines Parks von Tanks.

6. Schaffung einer Militärfliegerei.

7. Einrichtung von Schulen zur Ausbildung von Militärfliegern.

8. Ausdehnung der Marine durch den Bau von Kreuzern, Panzerkreuzern und Unterseebooten.

9. Anlegung von Befestigungswerken.

10. Die Schaffung von 35 neuen Fabriken füt die Herstellung von Schießmaterial.

Es sei nicht möglich festzustellen — so betont das Blatt hierzu —, ob die Reichsregierung die Absicht habe, die Befestigungsbauten auch auf die französisch-deutsche Grenze auszudehnen, oder ob sie sich hierbei auf die Ostgrenzen beschränken wolle.

Auch „Petit Parisien" ist der Auffassung, daß der Zeitpunkt für die Vorbringung der deutschen Forderungen möglichst schlecht gewählt sei. Außerdem stelle sich die Reichsregierung in direkten Gegensatz zum Wortlaut des Versailler Vertrages.

Die der Regierung nahestehende „Ere Nouvelle" wendet sich in äußerst scharfen Worten gegen die deutschen Forderungen und erklärt, daß Reichswehrminister v. Schleicher sich schwer im Irrtum befinde, wenn er glaube, daß er gegenüber Frankreich den gleichen Ton ansagen könne wie gegenüber seinem eigenen Lande.

Der außenpolitische Berichterstatter des „Excelsior", Marcelle Ray, wirft die Frage auf, zu welchem Zweck die Reichsregierung überhaupt die Forderung auf Rüstungsgleichheit erhebe, während sie doch auf der anderen Seite seit Jahren schon die Militärklauseln des Versailler Vertrages umgehe. Der große Generalstab habe bisher auch ohne die Erlaubnis Frankreichs diejenigen Maßnahmen getroffen, die er im Interesse einer militärischen Machtstärkung Deutschlands für geeignet gehalten habe. Ein ganzer Berg von geheimen Schriftstücken könne französischerseits als Beweis hierfür vorgebracht werden.

Das Echo der deutschen Note.

Herriot bezeichnet den deutschen Schritt als außerordentlich.

Paris, 1. September. Ministerpräsident Herriot ist am Donnerstagmorgen um 7 Uhr nach Paris zurückgekehrt. Schon in Cherbourg war ihm das deutsche Memorandum über die militärische Gleichberechtigung übergeben worden.

Den Journalisten, die ihn von der Insel Guernsey her begleitet hatten, erklärte Herriot: „Die deutsche Demarche überrascht mich nicht, denn sie war längst angekündigt und erwartet. Zunächst will ich den Text des deutschen Memorandums eingehend studieren und zugleich dem Kabinettsrat vorlegen. Dann wird ein eingehender diplomatischer Meinungsaustausch mit den interessierten Regierungen stattfinden. Später werden wir dann weiter sehen."

Paris, 1. September. Der Pariser Kabinettsrat ist um 17 Uhr unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Herriot zusammengetreten. Herriot hat den deutschen Schritt in der Frage der Gleichberechtigung Pressevertretern gegenüber als „außerordentlich" bezeichnet, im übrigen jedoch jede Erklärung abgelehnt. In hiesigen politischen Kreisen nimmt man an, daß der Wortlaut überhaupt nicht veröffentlicht werden soll und daß auch nach Abschluß des Kabinettsrates keine Mitteilung von seiten der amtlichen Stellen zu erwarten seien. Der „Temps" hebt in diesem Zusammenhang hervor, daß die Reichsregierung die in der Denkschrift berührten Fragen nicht in der Oeffentlichkeit zu verhandeln gedenke. Es sei nur zu erwarten, daß in Berlin selbst eine allgemeine Erklärung herausgegeben werde. Im Laufe des Vormittags hat Herriot nicht nur den britischen Geschäftsträger, sondern auch den Kriegsminister Paul Boncour empfangen, um ihn noch vor der offiziellen Sitzung mit dem Wortlaut des deutschen „Resumees" bekannt zu machen.

Die Berliner Berichterstatter der hiesigen Abendpresse geben verschiedene Gerüchte über den Inhalt wieder. So wird besonders hervorgehoben, daß die Denkschrift das Gebiet der Rüstungen zu Lande, zur See und in der Luft behandle, ohne zahlenmäßig festgelegte Forderungen zu stellen. Der „Intrasigeant" glaubt zu wissen, daß Reichswehrminister von Schleicher und die übrigen deutschen Staatsmänner ihre Bereitschaft zu erkennen gegeben hätten, im Falle einer erzielten Verständigung, Frankreich in der Sicherheitsfrage entgegenzukommen. Die französischen Wünsche in bezug auf ergänzende Sicherheitsgarantien würden nach Feststellung der vollen deutschen Gleichberechtigung die beste Aufnahme finden. In der Denkschrift sei von der entmilitarisierten Rheinzone überhaupt nicht die Rede.

Paris, 1. September. Wie zu erwarten **war,** hat sich Ministerpräsident Herriot auch nach dem Kabinettsrat geweigert, irgendwelche Auskünfte zur Frage der deutschen Denkschrift zu geben. In einer kurzen amtlichen Verlautbarung heißt es nur, daß Herriot seinen Kollegen einen Bericht über die außenpolitische Lage unterbreitete. Ueber die Zusammenrufung des Parlaments ist noch keine Entscheidung gefallen.

England ist unterrichtet.

London, 1. September. In zuständigen englischen Kreisen wird erklärt, daß die englische Regierung sowohl von französischer wie von deutscher Seite über die von Deutschland eingeleiteten Verhandlungen bezüglich der Rüstungsglleichheit auf dem Laufenden gehalten worden ist. England habe an den Vorgängen ein starkes Interesse: zur Zeit nehme es aber keinen tätigen Anteil an den Erörterungen. England werde sich aber zu gegebener Zeit an der Erörterung einer Frage beteiligen müssen, die von allgemeinem Interesse und allgemeiner Wichtigkeit sei.

London, 1. September. Zu den von deutscher Seite eingeleiteten Verhandlungen über die deutsche Rüstungsgleichheit schreibt der oppositionelle „Daily Herald", daß zwischen Macdonald und dem Außenminister Simon erhebliche Meinungsverschiedenheiten bestünden. Während letzterer mehr dem französischen Standpunkt zuneigt, sei der Ministerpräsident stets für die Beseitigung der Paragraphen eingetreten, die eine Diskriminierung Deutschlands darstellten. Streng logisch genommen, sei Deutschland mit seinen Forderungen vollkommen im Recht, aber menschliche Angelegenheiten paßten häufig nicht in die strengen Grenzen der Logik. Tatsächlich sei die Lage in Deutschland so, daß es jedes nur mögliche Maß der Hilfe von außen bedürfe. Es wäre wünschenswert, wenn Deutschland erst die Abrüstungskonferenz abwarten würde, ehe es seine Forderung mit logischer Konsequenz durchsetze. Die deutschen Ansprüche müßten dann aber von den Mächten mit vollständiger Unparteilichkeit betrachtet werden, ganz gleich, ob Frankreich zustimme oder nicht.

Der Pariser Korrespondent der „Morning-Post" meint, daß Frankreich sich der Eröffnung der Besprechungen kaum widersetzen könne. Frankreich würde das deutsche Verlangen mit Vorbehalten aufnehmen und insbesondere klar zu machen versuchen, daß die deutsche Forderung auf Rüstungsgleichheit nicht eine unerläßliche Bedingung für Fortschritte der Abrüstungskonferenz sein werde. Viel werde von der Stellungnahme Englands abhängen.

Amerika erkennt die Berechtigung des deutschen Schrittes an.

Neuyork, 1. Septmeber. Obwohl die amerikanische Regierung bisher noch keine Abschrift der deutschen Denkschrift an Frankreich erhalten hat, erklärt man doch schon in hohen Regierungskreisen, daß die Regierung der Vereinigten Staaten den deutschen Forderungen sympathisch gegenüberstehe. Man weist auf die Rede des Präsidenten Hoover vom 11. August hin und gibt zu, daß Deutschland im Versailler Vertrag ungerecht behandelt worden sei. In diesem Zusammenhang weist man erneut darauf hin, daß die amerikanische Regierung den Versailler Vertrag nicht unterzeichnet hat. **Der deutsche Protest dagegen, daß die Unterzeichnermächte von Versailles bisher nicht abgerüstet haben, sei berechtigt.** Allerdings würde es die amerikanische Regierung verstehen, wenn die Unterzeichnermächte auf den deutschen Vorschlag abrüsten würden, als das Deutschland aufrüste. In Regierungskreisen lehnt man es ab, sich über die deutsche Drohung zu äußern, aus dem Völkerbund auszutreten und der Abrüstungskonferenz fernzubleiben.

Hitler — der „Demokrat".

Berlin, 1. September. Die NSDAP.-Berlin veranstaltete am Donnerstag im Sportpalast ihre erste Kundgebung nach Ablauf des Burgfriedens. In Erwartung einer Hitlerrede war das Versammlungslokal schon lange vor Eröffnung der Kundgebung gefüllt, so daß sich die Polizei zur Sperrung des Sportpalastes veranlaßt sah. Im Mittelpunkt der Kundgebung stand eine Rede Hitlers zur politischen Lage. Von den Ausführungen Hitlers ist besonders interessant, was er über die Absichten der Papen-Regierung nach Auflösung des Reichstages und Aenderung der Verfassung gesagt hat. Er führte u. a. aus:

„Ich will ja gar nicht, daß ein kleiner Klub in Deutschland die Diktatur ergreift. Ich will das deutsche Volk für diese Bewegung erobern und weiß, daß zwangsläufig die Stunde kommt, in der wir das deutsche Reich erobert haben. Ich konnte leicht schwören, aber die anderen hätten mir den Eid nicht abnehmen sollen. Denn jetzt, wo die Zeit für uns kommt zur Führung des Staates, jetzt sagen sie: Die Verfassung hat keinen inneren Sinn. Der Parlamentarismus ist überlebt. Jetzt, wo wir 230 Mann im Reichstag haben, erklärt man die Form der Demokratie für veraltet und meint, daß das Volk nach neuen Formen dränge. In diesen schweren Stunden befindet sich der Herrenklub in Geburtswehen, um dem Volke eine neue Verfassung zu geben. Auch Herr Hugenberg ist heute der Ueberzeugung, daß es keinen geeigneteren Mann in Deutschland gibt, als den Herrn Reichspräsidenten und daß aus seinen Händen das Volk das bekommen wird, was es braucht — nach konservativer Staatsauffassung. Euer Bekenntnis kommt zu spät, wenn ihr sagt, ihr wollt jetzt das Parlament korrigieren — wir wollen, daß der Wille des Volkes befolgt wird. Wir wollen, daß dieser neugestaltete Wille den Weg freibekommt zur weiteren Gewinnung des deutschen Menschen und wir wollen, daß dieser Wille auch dem deutschen Reich den Stempel aufdrückt."

Stahlhelmaufmarsch in Berlin.

150 000 Stahlhelmer kommen nach der Reichshauptstadt.

Berlin, 1. September. Die Reichshauptstadt ist nach 5jähriger Pause wieder der Schauplatz des Aufmarsches des Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten. Zum 13. Reichsfrontsoldatentag, der vom 2. bis 4. September stattfindet, rechnet man mit dem Aufmarsch von 150 000 Stahlhelmern aus allen Teilen des Reiches. Bereits am Donnerstag trafen zahlreiche Stahlhelmer in Berlin ein. Die Mehrzahl wird am Freitag und Sonnabend in Sonderzügen herangeführt werden. Den offiziellen Besuch des Reichsfrontsoldatentages bildete der Presseempfang im roten Saal des Kroll-Theaters am Donnerstag nachmittag, dem die beiden Bundesführer Selte und Düsterberg sowie der Bundeskanzler Wagner beiwohnten und zu dem mehrere hundert Vertreter der deutschen Presse erschienen waren.

Sonderurteile der Sondergerichte.

Hirschberg, 1. September. Das Hirschberger Sondergericht verurteilte am Mittwoch zwei Nationalsozialisten wegen unbefugten Waffenbesitzes zu je 6 Wochen Gefängnis und einen Nationalsozialisten, der im Besitze einer Stahlrute befunden wurde, zu einem Monat Gefängnis. Außerdem wurden zwei Mitglieder der sozialdemokratischen Partei, bei denen Schlagringe gefunden worden waren, zu je einem Monat Gefängnis verurteilt. Die übrigen Angeklagten, darunter vier Nationalsozialisten, die bei dem Ueberfall mit Spaten ausgerüstet waren, wurden freigesprochen. Das Gericht sah Spaten nicht als Waffen an! — Dem Prozeß liegt ein schwerer politischer Zusammenstoß zwischen Nationalsozialisten und Reichsbannerleuten am Abend des 8. Juli in Hirschberg zugrunde.

Um die Herabsetzung der deutschen Zinszahlungen.

London, 1. September. In der „Financial Times" wird eine längere Unterredung mit dem Reichsfinanzminister veröffentlicht. Der Minister weist darin auf die **Notwendigkeit einer Herabsetzung der Zinsen für die Auslandsverpflichtungen Deutschlands** hin. Er empfiehlt einen engeren Zusammenschluß der Gläubiger im Auslande auf dem Wege über die Zentralbanken und vielleicht die BIZ, und betont, daß etwaige Aenderungen nur auf dem Wege gegenseitigen Einvernehmens erzielt werden könnten. Auf die Dauer sei es für Deutschland unmöglich, große Zahlungen vom Kapital zu leisten. Durch den Fall der Preise habe sich die Belastung erheblich vergrößert. Wenn es gelinge, die Preise wieder zu heben, so würde sich ein großer Teil der Schwierigkeiten für Deutschland von selbst regeln. Niemand hätte erwarten können, daß eine Anzahl von Ländern, die Deutschlands Gläubiger seien, ihre Märkte verschließen würden, so daß man Deutschland kaum den Vorwurf machen könne, daß es sorglos geborgt habe. Eine Entwertung der Mark oder eine Konventierung von inneren Anleihen nach englischem Vorbild komme für Deutschland nicht in Frage, da hierdurch das Vertrauen zerstört würde, das die Regierung aufzubauen versuche. Auch komme zurzeit eine Herabsetzung der Steuern nicht in Frage, so sehr die Regierung dies auch wünsche. Hinsichtlich des Stillhalteabkommens regte der Reichsfinanzminister die Möglichkeit einer Ausgabe von Goldzertifikaten an, die von der deutschen Regierung jeweils zurückgezahlt werden könnten, sobald die notwendigen Devisen vorhanden seien. Man komme aber immer wieder darauf zurück, daß Deutschland nur in Waren zahlen könne.

Die französisch-englische Freundschaft.

Paris, 1. September. Ministerpräsident Herriot hat, bevor er die Insel Guernsey verließ, die Vertreter der Presse empfangen und seine Erklärungen, wie einige Blätter berichten, mit folgenden Worten geschlossen: „Mehr denn je glaube ich an das Einvernehmen des britischen und des französischen Volkes, das für die Erhaltung des Friedens und der Freiheit durchaus notwendig ist".

„Volonte" ist begeistert von der Art und Weise, wie Herriot mit seinen englischen Freunden zusammengekommen sei. Man habe sicherlich nicht nur vom schönen Wetter, Prähistorie usw. gesprochen, sondern auch von anderem. Man habe politische Ansichten ausgetauscht. Eine Fühlungnahme wie die von Jersey sei ausgezeichnet. Denn sie tue mehr für den Frieden als Berge von diplomatischen Berichten. Sie bringe die Staatsmänner näher und damit die Völker.

Spanien entledigt sich der Monarchisten.

Madrid, 1. September. In Spanien sollen 180 Personen zwangsverschickt weredn, die sich an der monarchistischen Bewegung beteiligt haben. Unter ihnen befinden sich Mitglieder der höchsten spanischen Aristokratie.

Der Stand des russischen Schulwesens.

Ein Beschluß der russischen Kommunisten.

Am Sonntag ist der Beschluß des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion über die Anfangs- und Mittelschulen veröffentlicht worden, in dem die bedeutenden Erfolge der letzten Jahre im Zusammenhang mit der Einführung der allgemeinen Schulpflicht verzeichnet werden und festgestellt wird, daß, trotzdem der Grundmangel der Schulen noch nicht beseitigt ist, der darin besteht, daß der Schulunterricht keine genügende allseitige Bildung gibt und in unbefriedigenderweise die Aufgabe der Vorbereitung, die Grundlagen der Wissenschaften gut beherrschender Studierenden für die Techniken und höheren Schulen löst. Der Beschluß schlägt die Durchführung zahlreicher konkreter Maßnahmen für die Durcharbeitung der Schulprogramme und die Befestigung des Schulregimes vor. Insbesondere wird die Erhöhung der Stundenzahl für Mathematik und Naturwissenschaften vorgeschlagen. Für den Schluß des Schuljahres werden Prüfungen an allen Schulen festgesetzt.

Der Beschluß hebt die wachsende Rolle des Lehrers im Unterricht über die Grunlagen der Wissenschaften und bei der Erziehung zu bewußter Disziplin und kommunistischer Auffassung des Unterrichts und der Arbeit hervor. Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Sowjetunion verpflichtet sich zur allseitigen Sicherung der für die Lehrer notwendigen Bedingungen für die Erfüllung der auf sie gelegten verantwortlichen Verpflichtungen und zur bedingungslosen Erfüllung der Anweisungen der Regierungen über die Angleichung der Lehrerschaft in bezug auf Ernährung und Versorgung mit Industriewaren an die Industriearbeiterschaft.

Chinesischer Angriff auf Mukden.

London, 1. September. In der Mandschurei haben chinesische Freischärler erneut die Hauptstadt Mukden angegriffen. Der Angriff richtete sich ausschließlich gegen die Waffenlager auf dem Flugplatz im Südtor der Stadt. Verschiedene Vororte von Mukden wurden ebenfalls von Chinesen angegriffen. Der Kampf zwischen Chinesen und den mandschurischen und japanischen Truppen war sehr heftig. Es gelang eine Abteilung mandschurischer Truppen in der Stärke von etwa 250 Mann aufzureiben.

Wiederaufnahme der Kämpfe in Ecuador

Grauenhafte Zustände in Quito, dem Sitz der Aufständischen.

Guayaquil, 1. September. In Ecuador dauern die Kämpfe zwischen Aufständischen und Regierungstruppen in der Hauptstadt an. Wie bereits gemeldet, waren die Kämpfe gestern wieder aufgelebt, da die Regierung sich geweigert hatte, den Aufständischen eine Amnestie zu gewähren. Die Aufständischen und Regierungstruppen lieferten sich in den Straßen der Hauptstadt einen erbitterten Kampf, bei dem es viele Verletzte und Tote gab. Unter den Getöteten befinden sich zahlreiche Frauen und Kinder, die sich auf die Straßen gewagt hatten, obwohl sie vor dem Verlassen ihrer Häuser gewarnt worden waren.

Guayaquil (Ecuador), 1. September. Die Lage in Quito, wo nach wie vor der Kampf zwischen den Aufständischen und den Regierungstruppen tobt, ist äußerst verworren. Zuverlässige Berichte liegen fast nicht vor, da eine strenge Zensur verfügt wurde. Die Dinge sind dadurch auf den Höhepunkt der Verwirrung getrieben, daß die Amtszeit der Regierung Martinez in der Nacht zum Donnerstag abgelaufen ist, ohne daß eine neue Regierung gebildet oder die alte mit der Weiterführung der Geschäfte beauftragt wurde. Die für Freitag in Guayaquil erwartete Ankunft des englischen Kreuzers „Durban" wird mit dem Aufstand in Verbindung gebracht. Aus aufgefangenen Funksprüchen ist zu entnehmen, daß in Quito grauenhafte Zustände herrschen. Auf den Straßen liegen unzählige Tote, die wegen des ununterbrochenen Feuers nicht entfernt werden können. Die Aufständischen und die Einwohner leiden unter Nahrungsmittel- und Wassermangel, der bereits zum Ausbruch ansteckender Krankheiten geführt hat.

Aus Welt und Leben.

2 japanische Dampfer zusammengestoßen

17 Personen ertrunken.

Der Dampfer „Kuima Maru" ist mit einem anderen japanischen Dampfer zusammengestoßen und sank. 17 Mann der Besatzung ertranken. 11 Mann der Besatzung konnten gerettet werden. Der Zusammenstoß erfolgte bei der Insel Hokaido.

Totale Sonnenfinsternis.

Die Sonne hat sich versteckt.

Im ganzen Gebiet von Neuyork war die totale Sonnenfinsternis am Mittwoch wegen der starken Bewölkung sehr schlecht sichtbar. Lediglich in Kap Cod konnte sie gut beobachtet werden. Dorthin waren aber die Wissenschaftler aus Furcht vor Nebel nicht gegangen. Die Expedition des Mount Wilson-Observatoriums hatte einen vollkommenen Mißerfolg zu verzeichnen.

Die totale Sonnenfinsternis am Mittwoch konnte nur in wenigen Teilen Kanadas beobachtet werden, da der Himmel stark bewölkt war. In Ottawa selbst, wo 97 v.H. der Finsternis zu sehen war, herrschte sehr gute Sicht. Tausende von Menschen hatten sich auf den Straßen versammelt. Die wissenschaftlichen Beobachter waren an den meisten Stellen stark enttäuscht. Besonders in Magog, wo sich 60 Wissenschaftler aus der ganzen Welt auf der Sternwarte versammelt hatten. Einige Minuten vor Eintritt der Totalität wurde die Sonne von Wolken bedeckt und kam erst kurze Zeit nach der Totalität wieder zum Vorschein. Lediglich in Alexis konnte eine gute wissenschaftliche Ausbeute erzielt werden.

„Graf Zeppelin" in Amerika.

Pernambuco, 1. September. Das Luftschiff „Graf Zeppelin" ist heute vormittag 7.35 Uhr m. e. Z. hier eingetroffen.

Große Unwetterschäden in Frankreich.

In den verschiedenen französischen Provinzen haben Stürme und Gewitter am Mittwoch großen Schaden angerichtet. Bei Brumath in der Nähe von Straßburg wurden ausgedehnte Tabakplantagen zerstört. Der Schaden wird auf mehrere Millionen Franken geschätzt. Auch in Toulouse hat ein Gewitter großen Schaden durch Ueberschwemmungen angerichtet. Durch Blitzschlag wurde eine große Fabrik eingeäschert. In Limoges schlug der Blitz in eine Kirche und zerstörte den Dachstuhl und den Glockenturm. In Bourgg-en-Bresse wurde ein Radfahrer durch Blitzschlag getötet.

Ein schweres Verkehrsunglück

ereignete sich in der vergangenen Nacht auf der Landstraße Unna-Aplerbeck in der Nähe von Kamen. Ein Autobus mit 32 Bottropper Einwohnern, die ihre Ferien in Schlesien verbracht hatten, fuhr gegen einen Baum und wurde in den Straßengraben geschleudert. Von den Insassen wurden 7 Personen schwer und 7 leicht verletzt.

Spinale Kinderlähmung in Waldenburg.

Im Stadt- und Landkreis Waldenburg (Schlesien) sind bisher 16 Fälle spinaler Kinderlähmung festgestellt worden. Ein Säugling ist gestorben.

Jimmy bekommt einen Nervenzusammenbruch.

Der Neuyorker Bürgermeister Walker, gegen den vor Gericht zurzeit wegen Bestechungen verhandelt wird, hat am Dienstag einen nervösen Zusammenbruch erlitten, der die Unterbrechung des Verhörs notwendig machte. Die Aerzte erklärten Walker auf längere Zeit für verhandlungsunfähig. Sie fordern zugleich die Aussetzung des Disziplinarverfahrens auf unbestimmte Zeit.

Verlagsgesellschaft „Volkspresse" m.b.H. — Verantwortlich für den Verlag: Otto Abel. — Verantwortlicher Schriftleiter: Dipl.-Ing Emil Zerbe. — Druck: «Prasa» Lodz, Petrikauer Straße 101

Stärker als wir . . .

Roman von P. Wild

[41

„Ich kenne die Dame nicht näher — eine Zufallsbekanntschaft! Verstanden?“

„Jawohl, Herr Regierungspräsident!“

Er würde sich hüten die Finger zu verbrennen und den hohen Beamten in eine dunkle Affäre hineinziehen? So dumm war er nicht. Das Ende würde dann meist sein: er war der Dumme oder Hereingefallene; die Kleinen hängt man ja immer!“

„Kennen Sie einen Herrn Albert Haumann?“

„Für die Feststellung behandeln Sie mich wie eine Schwerverbrecherin?“ höhnte sie.

„Wollen Sie bitte sachlich bleiben, das erleichtert uns beiden unsere Aufgabe.“

„Was wissen Sie von meiner Aufgabe? Bitte, keine Vergleiche.“

„Beantworten Sie meine Frage: Kennen Sie den Herrn?“

„Natürlich! Aber was geht das Sie an?“

„Dieser Herr Haumann war am Bahnhof, um sich von Ihnen zu verabschieden?“

„Na! Wenn Sie nachher alle meine Bewunderer, die sich von mir verabschiedet haben, einsperren wollen, so können Sie ein neues Zuchthaus bauen.“

„Sie haben von Herrn Haumann ein Abschiedsgeschenk erhalten?“, überhörte er alles nicht zur Sache Gehörige.

„Kann sein!“ meinte sie gleichgültig. Wo hinaus wollte der denn?

„Ein größeres Paket, nicht wahr?“

„Bei mir kommt's auf den Inhalt an!“

„Nun — vielleicht entsinnen Sie sich zunächst des Aeußeren!“, kam er ihrer offensichtlichen Gedächtnisschwäche zu Hilfe.

„Kann sein.“

„Und welchen Inhalt hatte dies Paket?“

In jähem Stimmungswechsel lachte sie hellauf.

„Na, eine verrückte Idee, einer schönen Frau zum Abschied eine Galerie ihrer Konkurrenz zu überreichen.“

„Besitzen Sie das Paket noch?“

„Besitzen? Die Schreckenskammer schauderhafter Frauengestalten? Für so geschmacklos halten Sie mich?! Natürlich habe ich gesorgt, die unnötige Belastung baldmöglichst loszuwerden.“

„Und wo haben Sie es denn? Vielleicht hat Ihr Begleiter . . .“

„Nein! Ich weiß nichts von einem Paket!“ versicherte der Herr Regierungspräsident mit fester Stimme.

„Sind Sie aber neugierig! Was gehen Sie meine Abschiedsgeschenke an. Hätte ich Ihr Interesse geahnt, so würde ich Ihnen gern die Galerie schöner Frauengestalten verehrt haben. Zum Aussuchen! Vielleicht haben Sie auch Interesse dafür, wenn man's Ihnen auch nicht anmerkt.“

„Bitte, beantworten Sie die Frage nach dem Verbleib des Geschenks.“

Sie zuckte mit den Achseln.

„Sie fragen mehr, als ich beantworten kann. — Ich hab's verschenkt!“

„Wann? — Wo?“

„Im Speisewagen. Wo weiß ich nicht, da ich die Stationen nicht kenne.“

„Wem haben Sie es geschenkt?“

„Einem semmelblonden Jüngling. Als ich nachsehen wollte, was mir Albert Haumann gebracht hatte, öffnete ich das Heft und durchblätterte es. Na, es war schon so eine Galerie. Wie von ungefähr blickte mir der Jüngling über die Schulter. Verschlang die Bilder oder auch mich mit seinen Blicken.

Ich forderte ihn auf, an meinen Tisch zu kommen. Wir betrachteten die Bilder gemeinsam. Warum nicht? Dazu tranken wir eine Flasche Wein. Beim Abschied schenkte ich ihm das Buch. — Sind Sie nun zufrieden?“

„Und dies Märchen soll ich glauben?“

„Wenn Sie es nicht glauben, kann ich's nicht ändern. Wahrheit ist es.“

„Ist der junge Herr mit Ihnen bis Hamburg gefahren?“

„Nein! Unterwegs stieg mein Freund hier, der stumme Kavalier, ein, und im übrigen bin ich kein Kindermädchen für semmelblonde Jugend.“

Sie sah entsetzt zu, wie fremde Hände ihre Koffer sachgemäß und exakt bis ins kleinste untersuchten.

Das Paket war nicht darin.

„Und nicht einmal den Namen des jungen Mannes wissen Sie?“

„Unsereiner nimmt es nicht so genau. Ich bin doch nicht Provinz! Was tut der Name zur Sache, wenn ich jemand etwas schenken will?“, folgerte sie. „So etwas riecht nach Philister. Erst Vorstellung, dann biographische Mitteilungen bis ins dritte Glied rückwärts, Namen, Titel, das ist besonders wichtig, und dann der Besitz. Nee! So etwas gibt's nicht bei der Violetta. Der Bernd kann Ihnen auch beweisen, daß ich allein war, als er in mein Abteil kam.“

„Das stimmt!“ bekräftigte ihr Begleiter die Aussage.

„Weshalb sind Sie schon heute nach Hamburg gekommen, wo das Schiff erst übermorgen abfährt, und Sie betonten, es eilig zu haben?“

Sie warf ihrem Begleiter einen Blick zu, der diesen durch und durch ging, doch schwieg er. Da verzog sie die Lippen zu einem verächtlichen Lächeln.

„Es war ein Versehen im Fahrplan“, erläuterte sie kaltblütig. „Und dieser Herr wollte mir Hamburg zeigen.“

Der Herr Präsident kam sich ungemein überflüssig und blamiert vor. Diese Dienstreise war entschieden in jeder Beziehung total verfehlt ... und recht kostspielig.

Er hatte nämlich die Freude gehabt, Violettas Reise nebst Gepäck bis Hamburg bezahlen zu dürfen; so hatte sich die Summe bei seinem Kommen im D-Zug sogleich zurückerbeten. Und die zwei hübschen Feiertage? Essig!

(Fortsetzung folgt.)

Theater- u. Kinoprogramm.

Städtisches Theater: Heute „Eine Million Plagen“

Sommertheater im Staszic-Park: Heute „Ein Monat Haft“

Populäres Theater, Ogrodowa 18: Heute „Wenn die Frau regiert“

Capitol: Unsterbliche Liebe

Casino: Gattin für eine Nacht

Corso: In den Klauen des Tigers — Ihr Söhnchen

Grand-Kino: Das Los des Gentlemans

Luna: Unsere unschuldigen Bräute

Przedwiośnie: Zigeunerromanze

Tagesneuigkeiten.

Die Wahrheit muß siegen.

Die „Lodzer Volkszeitung" vor Gericht.

Wie erinnerlich, unterlag seinerzeit der Bericht über die von der DSAP in der Lodzer Philharmonie einberufene Versammlung der Eltern deutscher Volksschulkinder, die von der Versammlung einstimmig angenommene Entschließung, die Protest und Forderung enthielt, sowie unsere Stellungnahme zu der Kundgebung deutscher Eltern der Beschlagnahme durch die Starosteibehörde. Dem Antrag des Starosten, gegen den verantwortlichen Redakteur E. Zerbe beim Gericht Strafantrag zu stellen, wurde von der Staatsanwaltschaft stattgegeben.

Für gestern waren im Lodzer Stadtgericht die Termine für die zwei Strafsachen angesetzt. Dem Gericht stellte sich der Angeklagte und sein Verteidiger Rechtsanwalt Hartmann.

Redakteur E. **Zerbe** wies darauf hin, daß die Anklage, „wissentlich falsche Nachrichten, die die öffentliche Ruhe stören können, veröffentlicht zu haben", nicht zu Recht bestehe, da die Berichte über die Versammlung und die Reden sowie die in seinem Artikel geschilderten Zustände der Wahrheit entsprechen.

Rechtsanwalt **Hartmann** kündigte an, er wolle den **Wahrheitsbeweis** vor Gericht antreten. Er lege deshalb dem Gericht die Namen von 9 Zeugen vor, die zu einem neuen Verhandlungstermin vor Gericht geladen werden sollen. Da der Richter wissen wollte, worüber die Zeugen aussagen sollen, klärte Rechtsanwalt Hartmann auf, daß die Zeugen die systematische Polonisierung der Volksschulen mit deutscher Unterrichtssprache bekunden sowie über den Zwang, polnisch untereinander zu sprechen, und andere in der Versammlung zur Sprache gebrachten Tatsachen aussagen sollen. Er wolle durch die Zeugenaussagen den vollen Wahrheitsbeweis für die in der „Lodzer Volkszeitung" geschilderten Verhältnisse in den sogenannten Volksschulen mit deutscher Unterrichtssprache antreten. Auch müsse er für die nächste Gerichtsverhandlung die Berufung eines Sprachsachverständigen beantragen, da die von Amts wegen der Prozeßsache beigefügte Uebersetzung der beschlagnahmten Berichte und Artikel fehlerhaft hergestellt wurde, wofür er schon jetzt als Beweis die Uebersetzung eines Satzes anführe.

Richter Merson akzeptierte die Anträge des Verteidigers und gab auch zu, daß die Uebersetzung des angeführten Satzes schlecht sei. Er vertagte die Gerichtsverhandlung in beiden Prozeßsachen zwecks Ladung der Zeugen und, im Falle der Notwendigkeit, auch des Sprachsachverständigen.

Bei der kommenden Gerichtsverhandlung werden somit der angeklagte Redakteur und sein Rechtsbeistand den Wahrheitsbeweis in Sachen der von der „Lodzer Volkszeitung" geschilderten Verhältnisse im Lodzer Volksschulwesen für die deutsche Schuljugend antreten.

In gleicher Weise verfuhr der Richter im Strafprozeß gegen die „Freie Presse", deren Bericht über die erwähnte Versammlung ebenfalls beschlagnahmt wurde. Rechtsanwalt Hartmann bediente sich auch hier der ihm von der „Volkszeitung" genannten Zeugen.

Hoffentlich wird die kommende Gerichtsverhandlung es ermöglichen, vor Gericht die Methoden der Schulbehörden in ein klares Licht zu setzen.

Neues Strafgesetzbuch in Kraft getreten.

Seit gestern verpflichtet nun in Polen das neue Strafgesetzbuch. Längere Zeit wird das Gericht die Urteile noch auf Grund des alten Strafgesetzbuches fällen, und zwar bei Verbrechen, die vor dem Inkrafttreten des neuen Gesetzes, also vor dem 1. September, begangen wurden. Bei Verbrechen, für die, dem neuen Kodex zufolge, eine lindere Strafe in Frage kommt, haben die Richter das Recht, nach dem neuen Gesetzbuch zu richten, auch wenn die Tat vor dem 1. September begangen wurde. (p)

Eine neue Verordnung gegen den Wucher.

Im „Monitor Polski" erschien eine Verordnung, laut der der höchste erlaubte Zins von verliehenem Gelde 15 von Hundert pro Jahr betragen darf. Die Verordnung trat mit dem ersten September in Kraft, hat aber vorübergehenden Charakter und soll durch eine Verordnung des Finanzministers ersetzt werden. Außerdem führt die neue Verordnung Verschärfung des Strafausmaßes in Wucherprozessen ein. Das Gericht hat nämlich das Recht, nicht angemeldete Beweise anzuerkennen. Weiterhin wird eine mündliche Erklärung des Schuldners unter gewissen Umständen gleichbedeutend mit einem schriftlichen Beweise des Gläubigers sein. (p)

Schneidergesellen gegen Streikbrecher.

Am Mittwoch, dem Vortage der Streikbeilegung unter den jüdischen Schneidergesellen, kam es zu Ausschreitungen. In der Pilsudskiego 68 überfiel eine Gruppe streikender Schneider die Werkstatt Radoszyckis, um die Streikbrecher zu verjagen. In der Werkstatt wurden die Scheiben eingeworfen. Vier Schneidergesellen wurden verhaftet. — 10 Streikende brachen in die Werkstatt Wroblewskis (11-go Listopada 30) ein, verprügelten die arbeitenden Gesellen und die Besitzerin und zwangen sie, die Arbeit zu unterbrechen. Einer von den Zehn wurde verhaftet. (p)

Lohnbüchlein für die Hauswärter.

Der Arbeitsinspektor des Lodzer Bezirks sandte an die Hausbesitzer ein Rundschreiben, in welchem diese zur Einführung von Lohnbüchern für die Hauswächter aufgefordert werden. Die Büchlein seien eine Notwendigkeit für beide Teile, da in Streitigkeitsfällen gewöhnlich jegliche Beweise fehlen. (p)

Eine Beihilfe des Magistrats für einen Malerveteranen.

In der gestern unter Vorsitz des Stadtpräsidenten stattgefundenen Sitzung des Magistrats wurde beschlossen, dem Kunstmaler Maurycy Trembacz eine monatliche Beihilfe von 125 Zloty zu gewähren. Diese Rente ist lebenslänglich. (a)

Granitwürfel zur Straßenpflasterung.

In der gestrigen Magistratssitzung wurde auf Antrag der Verkehrsabteilung beschlossen, einen Wettbewerb auf die Lieferung von 600 000 Kubikmeter Granitwürfel zur Pflasterung der Straßen in der Stadtmitte auszuschreiben. Diese Würfel sollen im Winter angeschafft und entsprechende Vorbereitungen für den Beginn der normalen Pflasterungsarbeiten im Frühjahr 1933 getroffen werden. (a)

Kurse für Selbstverwaltungsbeamte.

In der gestrigen Sitzung des Lodzer Magistrats wurde u. a. die Umgestaltung des bisherigen Instituts für administratives Recht in einen Kursus für Selbstverwaltungsangestellten erörtert. Nach einer längeren Debatte beschloß der Magistrat im Jahre 1932/33 einen Kursus für Selbstverwaltungsangestellte zu eröffnen, zu dem die Vorträge in den Abendstunden stattfinden werden. Die Vorträge werden unentgeltlich und nicht nur für Angestellte der Lodzer Selbstverwaltung zugänglich sein, sondern auch für die Angestellten der städtischen und ländlichen Selbstverwaltungen aus der Nachbarschaft. Leiter des Kursus wird der Professor der Freien Hochschule Tadeusz Hilarowicz sein, der über das staatliche System und über die administrative Gesetzgebung Vorlesungen halten wird. Die Grundsätze der Theorie und Praxis der Selbstverwaltung wird der Vizedirektor des statistischen Hauptamtes Strzelecki auslegen, die kommunalen Finanzfragen Professor der Freien Hochschule Dr. Pragier, kommunale Unternehmen Prof. Bigwlajew. (a)

Die Ankunft des Schulkurators in Lodz verschoben.

Wie bereits berichtet, hatte der Kurator des Warschau-Lodzer Schulbezirks, Pytlakowski, für Montag, den 5. September d. J., seine Ankunft in Lodz angekündigt, um sich mit den hiesigen Verhältnissen und Zuständen im Schulwesen bekanntzumachen. Augenblicklich erfahren wir jedoch, daß der Herr Kurator im Zusammenhang mit der Anhäufung von Arbeit wie auch der Uebernahme der Agenden des Lodzer Schulkuratoriums seine Ankunft in Lodz um eine Woche verschoben hat. (a)

Die Registrierung des Jahrgangs 1914.

Heute, Freitag, den 2. September, haben sich um 8 Uhr morgens im Militärbüro des Lodzer Magistrats, Zawadzkastraße 11, die im Bereiche des 1. Polizeikommissariats wohnenden jungen Männer zur militärischen Registrierung zu melden, die im Jahre 1914 geboren sind und deren Namen mit den Buchstaben H, Ch, I(i), J(j), K, L beginnen. Aus dem Bereich des 7. Kommissariats dagegen diejenigen, deren Namen mit den Buchstaben G, H, Ch, I(i), J(j), K beginnen. Die zur Registrierung Erscheinenden haben einen Personalausweis oder ein anderes Dokument mit Lichtbild vorzuweisen, das die Identität ihrer Person feststellt. (a)

Feuer auf dem Lande.

Vorgestern abend brannte im Dorfe Zdziechow, Kreis Lodz, das Anwesen der Brüder Andrzej und Marjan Grzelak nieder. In Czarnocin verbrannten die Gebäude auf dem Anwesen eines Paul Kozuba. Der Schaden beträgt je 5000 Zloty. (p)

Registrierung der Arbeitslosen für die außerordentlichen Unterstützungen.

Der Lodzer Magistrat gibt bekannt, daß das städtische Unterstützungsamt in der Zeit vom 5.—7. September 1932 die Registrierung der Arbeitslosen für die außerordentliche Arbeitslosenunterstützung für September vornimmt, u. zw. im Lokal des Amts, Zeromskiego 44, täglich von 8.15 Uhr bis 14 Uhr.

Arbeitslose, in deren Familie, mit der sie zusammenwohnen, wenigstens ein Mitglied arbeitet, können diese Unterstützung **nicht** erhalten.

Die Registrierung der Arbeitslosen geschieht in folgender Reihenfolge:

Montag, den 5. September — A, B, C, D, E, F, G, G, I(i), J(j)

Dienstag, den 6. September — K, L, M, N, O, P

Mittwoch, den 7. September — R, S, T, U, W, Z.

Das Recht zu dieser Unterstützung haben nur Arbeitslose, die:

1. eine Familie zu ernähren haben und mindestens seit dem 1. Januar 1930 in Lodz wohnen.
2. nach dem 1. Januar 1932 das Unterstützungsrecht aus dem staatlichen Arbeitslosenfonds erschöpft haben;
3. keinerlei Unterstützung aus dem Arbeitslosenfonds erhalten und seit dem 1. Januar 1931 mindestens 4 Wochen in einem Unternehmen gearbeitet haben, das der gesetzlichen Arbeitslosenversicherung unterliegt;
4. seit dem 1. Januar 1930 wenigstens durch zehn Wochen in einem Unternehmen gearbeitet haben, das der gesetzlichen Arbeitslosenversicherung unterliegt;
5. keine Krankenkassenunterstützung beziehen;
6. keine Unterstützung oder Invalidenrente beziehen;
7. keinerlei Vermögen besitzen oder irgendwelche feste oder vorübergehende Einkünfte haben, die einer eventl Unterstützung gleichkommen.

Bei der Registrierung zur Unterstützung sind die entsprechenden Dokumente mitzubringen.

Zum Mord in der Annastraße.

Wie wir schon gestern berichteten, wurde an der Ecke Gdanska- und Anna-Straße gestern nacht ein Mord verübt. Ein Josef Cybart (Gdanska 135) erschoß seinen Freund Franciszek Kielbik (Leszno 52) im Verlaufe eines Streites, während welchem Kielbik Cybart vorwarf, daß er ihm seine Frau verführt habe. Cybart wurde nach dem 10. Polizeikommissariat gebracht, wo ihm ein Arzt der Rettungsbereitschaft einen Verband anlegte, da er am Kopfe Wundn hatte, die ihm von Kielbik mit einem Schlüssel beigebracht worden waren. Die Untersuchung wurde anfänglich im Standgerichtsverfahren geführt. Weil aber die gestrige Untersuchung ergab, daß Cybart in der Notwehr gehandelt hat, wird die Voruntersuchung im gewöhnlichen Verfahren fortgesetzt. Angesichts dessen, daß die Tat eine Stunde vor Mitternacht geschah, taucht die Frage auf, ob Cybart nach dem neuen Strafgesetzbuch, das ab gestern verpflichtet, oder noch nach dem alten gerichtet werden wird.

Billiges elektrisches Licht — aber nur für die Hausbesitzer.

Das Elektrizitätswerk hat sich bereit erklärt, den Hausbesitzern die Beleuchtung der Treppenfluren und Privatwohnungen der Hausbesitzer um 10 Prozent billiger anzurechnen als bisher. Falls das Haus etlichen Leuten gehört, erstreckt sich das Recht für billigere Beleuchtung nur auf einen der Besitzer. (Falls es um die Beleuchtung der Wohnung geht.) Das billigere Licht darf in den Hausfluren nur bis 12 Uhr nachts gebrannt werden, nach Mitternacht nur für die Zeit, wenn ein Mieter heimkommt, und muß sofort wieder gelöscht werden.

Bemerkenswert ist, daß diejenigen Hausbesitzer, in deren Häusern die Lichtleitung der Flure mit der der Hauswächterwohnung verbunden ist, keinen Anspruch auf die Verbilligung haben. Alle interessierten Hausbesitzer müssen sich an ihren Verband zwecks Eintragung in die Listen, die von den Verbänden dem Elektrizitätswerk vorgelegt werden, wenden. (p)

Wechselproteste im Juli gestiegen.

Seit Beginn dieses Jahres ist die Gesamtsumme der monatlichen Wechselproteste in Polen entsprechend dem allgemeinen Rückgang der Handelsumsätze und des Zahlungsverkehrs ständig gesunken; von 97,4 Millionen Zloty im Januar ging sie auf 63,6 Millionen Zl. im Juni zurück. Im Juli ist sie jedoch wieder auf 66 Millionen Zl. gestiegen, obwohl die Konjunktur keine Belebung erfahren hat. Besonders stark war die Steigerung der Wechselproteste in den Kleinstädten der Wojewodschaft **Lodz**, ferner in Krakau und in Warschau. In Kattowitz wurden 1,2 (Vormonat 1) Mill. Zloty Wechsel protestiert, in der Wojewodschaft Schlesien insgesamt 2,7 (2,5) Millionen Zl. Wechsel.

Die vergeßlichen Lodzer.

Im Monat August wurden folgende Gegenstände in der Lodzer Straßenbahn liegen gelassen: 4 Herrenhüte, 8 Sportmützen, 10 Spazierstöcke, 6 Ledertaschen, 1 Unterhose, 1 Seidenschal, 1 weißes Kinderkleidchen, 14 Regenschirme, 30 Paar Handschuh, 1 Paket schmutziger Wäsche, 1 Hammer, 1 Taschentuch, 8 Bücher, 1 Zählungskommissardiplom, 7 Markttaschen, 1 Krawatte, 1 Gießkanne (Spielzeug), 2 Paar Herrenpantoffeln, 11 Portemonnaies, 1 Zigarettenetui, 1 medizinische Zeitschrift, 1 Paket Tischsalz, 1 Frühstückskanne, 2 Schlüsselbünde, 1 Schlüssel, 1 Paket mit vier Kinderhemden, 1 Paket mit vier Damenhöschen, 1 Paket, in dem sich Pantoffeln und eine blecherne Schachtel befanden, 1 Schürze, Paket mit Untergläsern, 1 Betttuch, 1 Topf mit Deckel, 1 Paar Ueberknöpfer, 1 Nachthemd, 1 Damenmantel, 1 Frauenkleid, 1 Rucksack, 1 farbiges Herrenhemd, 1 Damenbluse, 1 Bonbonniere, 1 Paket mit einem Kleid und Herrensocken, 1 Notizbuch, 1 Thermos, 1 Blindenzeitschrift, 1 Paket mit Hülsen und Tabak, 1 Feile, 6 Handtaschen, 1 Brosche, 2 Kneifer, 1 goldenes Medaillon, 1 Paar Brillengläser, 2 Damenpelzkragen, 2 Körbe, 1 Sweater, 1 Paar Sandalen, 3 Badeanzüge, 1 Kinderanzug, 1 Paket mit Hemd, Kragen und Taschentuch, 5 Baskenmützen, 1 Hose, 1 Akkumulator, 1 Stempel „J. Chalonski", 1 französische Zeitung und französische literarische Beiträge, 1 Drahtnetz, 1 Weste, 1 Arbeiteranzug, 1 Schmetterlingsnetz, Paket mit Puder Bebe, Lutscher und Seife, 1 hölzerner Theatersäbel, Paket Naftalin, Taschentuch mit Geld, 1 Kassaheft und ein Heft, in dem sich Rezepte der Krankenkasse befanden. Die erwähnten Sachen sind abzuholen im „Wydzial ruchu" der Straßenbahn, Tramwajowa 6, täglich von 10 bis 1 Uhr, ausgenommen die Sonn- und Feiertage. Der Verlierer muß imstande sein, Tag und Straßenbahnnummer anzugeben, da er das Vermißte verloren hatte. Die Gegenstände müssen im Verlaufe des September abgeholt werden, andernfalls verfallen sie. (p)

Verlegung eines Wartesaales der Zufuhrbahnen.

Gestern wurde der Wartesaal der Zufuhrbahnen Lodz—Pabianice und Lodz—Tuszyn von der Petrikauer 290 nach den neu errichteten Markthallen auf dem Geyerschen Platz übertragen. Diese Uebertragung bereitet dem Publikum eine gewisse Erleichterung dadurch, daß sich der Wartesaal jetzt in nächster Nähe der Lodzer Haltestelle der erwähnten Zufuhrbahnen befindet.

Greisin erhängt sich.

In ihrer Wohnung in der Rzgowska 35 erhängte sich gestern die 68jährige Antnoina Kulinska. Ein herbeigerufener Arzt der Rettungsbereitschaft konnte nur noch den Tod feststellen. Die Ursache zu dem Selbstmord der alten Frau war äußerste Not. (p)

Ziehung der Dollar-Prämienanleihe.

Gestern fand die Ziehung der Dollarprämienanleihe statt. Gewinne fielen auf folgende Nummern:

40 000 Dollar auf Nr. 175311.

8000 Dollar auf Nr. 521114.

3000 Dollar auf Nrn. 1323134 1265977 958309.

1000 Dollar auf Nrn. 154888 285873 592410 58925 341389.

500 Dollar auf Nrn. 509784 671291 8625 1449426 186256 344727 942706 465249 1002891 231488.

100 Dollar auf Nrn. 856605 1206321 414966 324041 618360 884740 1089832 1091067 364695 1186845 1451243 398320 1450038 685218 803697 1271853 108660 1069343 648867 657281 983629 74434 1232325 1480997 182048 1106326 903387 609884 264591 102397 1222308 216515 735487 1111319 318470 160373 562350 558516 587771 1195172 1037080 678660 835657 51330 204139 437212 1322461 1225977 37105 1148467 42105 1481740 51610 529740 556699 371761 830675 1222533 15544 158844 10269928 873462 356160 550318 635541 1297550 1007612 108992 337096 1110867 602789 821214 1445077 1051041 1284779 148428 768968 310903 1430650.

Greis unterm Auto.

In der Pilsudskiego 76 wurde der 72jährige Icek Abramsohn von einem Auto überfahren. Ihm wurden drei Rippen gebrochen, auch erlitt er Verletzungen am Körper und trug eine Gehirnerschütterung davon. Er wurde ins Josefsspital gebracht. Der Chauffeur Jan Ambrosiak (Kilinkiego 36) wurde von der Polizei angehalten. (p)

Unfälle bei der Arbeit.

In der Firma Schröder, Kwintal u. Co. (Poludniowa 73) geriet der bei der Reparatur des Fabrikventilators beschäftigte Monteur Jan Olubek, 41 Jahre alt, und Pomorska 173 wohnhaft, mit der Hand in den Ventilator. Ihm wurden vier Finger der rechten Hand abgerissen. Er mußte in das Bezirkskrankenhaus eingeliefert werden. — Der 32jährigen Katharine Seibert (Malinowa 7) wurde von der Maschine, die sie bediente, die rechte Hand zermalmt. Auch die Frau kam in das Bezirkskrankenhaus. Der Unfall geschah in der Fabrik Rabinowicz, Franciszkanska 75. (p)

Lebensmüde.

Der 23jährige Stanislaw Lebioda (Blotna 6) trank in der Kosciuszko-Allee Salzsäure, um seinem Leben ein Ende zu machen. Die Ursache des Selbstmordes ist unbekannt. — In ihrer Wohnung in der Sierakowskiego 83 nahm die 37jährige Jadwiga Mercinska in selbstmörderischer Absicht Sublimat zu sich. — Beide Lebensmüde kamen in das Radogoszczer Krankenhaus. (p)

Der heutige Nachtdienst in den Apotheken.

A. Danzer, Zgierska 57; W. Groszkowski, 11-go Listopada 15; S. Gorfeins Erben, Pilsudskiego 54; S. Bartoszewski, Piotrkowska 164; R. Rembielinski, Andrzeja 28; A. Szymanski, Przendzalniana 75.

Aus dem Gerichtssaal.

Ein Gerichtsvollzieher und sein Freund, der Minister.

Gestern hatte sich vor dem Lodzer Bezirksgericht der 36jährige Gerichtsvollzieher aus Brzeziny Johann Roth wegen Beleidigung von Polizeibeamten zu verantworten. Der Vorfall trug sich am 6. Juli auf dem Polizeiposten in Koluszki zu. Der Gerichtsvollzieher hätte die Beamten mit „Du" angeredet und ihnen angedroht, daß er sie in die Grenzgebiete versetzen lassen werde, denn er habe den Minister Michalowski zum Freund und noch andere einflußreiche Leute. Roth erklärte vor Gericht, daß er sehr erregt gewesen sei, da die Polizisten seinen Chauffeur mißhandelt hatten. Die Polizisten wiederum widersprachen dieser Aussage und behaupteten, sie hätten den Chauffeur nur mitgenommen, um ihn zu legitimieren, da er den Bahnperron ohne Karte betreten und jegliche Aussagen verweigert hatte. Nach den Reden der Verteidiger Herman und Brzezinski verurteilte das Gericht den Angeklagten Roth zu 3 Monaten Haft mit 3jährigem Strafaufschub. (p)

Wechselfälscher.

Das Bezirksgericht befaßte sich gestern mit zwei Wechselfälscherprozessen. Im ersten saß auf der Anklagebank der Wegnerstraße 5 wohnhafte Zygmunt Janoski. Er hatte seinerzeit bei einem Stanislaw Muszynski drei Wechsel zu je 100 Zloty diskontiert. Die Wechsel waren mit einem gefälschten Giro eines Andrzej Stawinski versehen. Als die Wechsel zu Protest gingen und Stawinski die Bezahlung ablehnte, kam die Sache vor den Prokurator. Janoski wurde gestern zu 10 Monaten Gefängnis verurteilt. — Im zweiten Prozeß wurde Ariel Prawda (!) zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt, weil er der Firma Wollkopf und Sohn sechs Wechsel mit gefälschten Unterschriften insgesamt auf 2200 Zloty in Bezahlung gegeben hatte. (p)

Sport.

Klosowicz 15. in der Weltmeisterschaft.

Am Mittwoch kam auf einer Rundstrecke bei Rom die Straßenweltmeisterschaft für Amateure zum Austrag. Polen entsandte zu diesem Wettbewerb Klosowicz (Lodz) und Olecki (Warschau). Sieger wurde der Italiener Martano vor dem Schweizer Egli. Von den 22 Startenden belegte Klosowicz den 15. Platz, während Olecki das Rennen nicht beendete.

Bei den Berufsstraßenfahrern siegte ebenfalls ein Italiener, der Altmeister Binda.

Krakauer und Wilnaer Boxer gegen Lodz.

Die Boxsektion des JKP. in Lodz hat Kampfverträge mit der Mannschaft Wawel-Krakau und einer Wilnaer Mannschaft abgeschlossen. Die Kämpfe finden Ende September und Anfang Oktober in Lodz statt.

Boxländerkampf Polen — Oesterreich in Lodz.

Am 9. Oktober steigt in Lodz der Boxländerkampf gegen Oesterreich. Da Lodz keine entsprechenden Hallen besitzt, so mußte zu dem „Scala"-Theatergebäude gegriffen werden, da es gegen 1500 Besucher aufnehmen kann. Die polnische Repräsentation ist noch nicht zusammengestellt worden, wird sich aber aller Wahrscheinlichkeit nach auf Lodzer Boxer stützen. Dies wird das erste Boxländertreffen in Lodz sein, da die vorangegangenen in Warschau, Posen und Kattowitz stattfanden.

471 Stundenkilometer — neuer Weltrekord für Flugzeug.

Der amerikanische Flieger Doolittle erreichte auf einer 3 Klm. langen Strecke einen Stundendurchschnitt von 471 Klm. und erzielte damit einen neuen Weltrekord.

Aus dem Reiche.

Gdinger Bürgermeister legt sein Amt nieder.

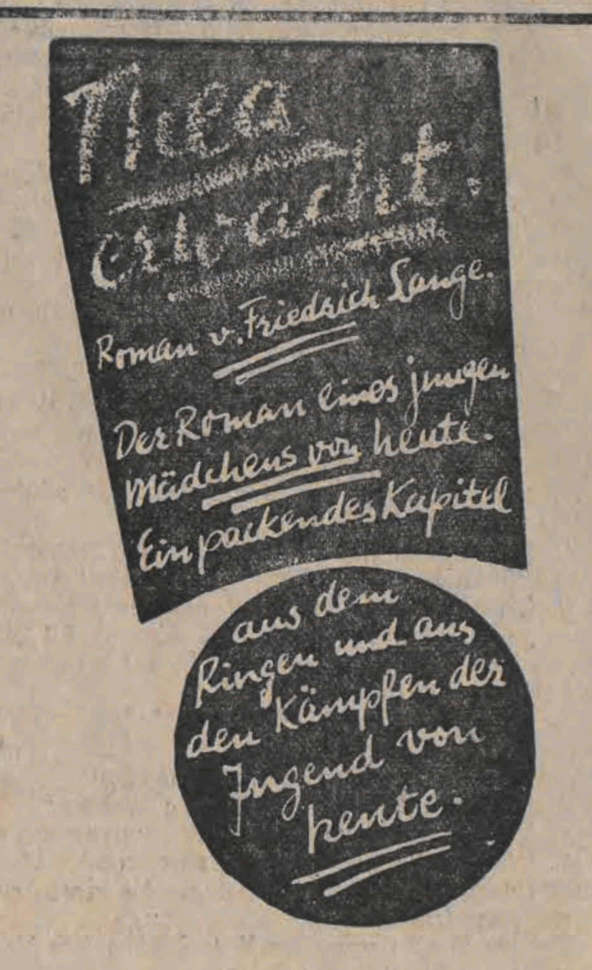
Man hat sich mit ihm geeinigt.

Nach langjährigen Prozessen zwischen der Stadtgemeinde Gdingen und dem abgesetzten Bürgermeister Krause ist es nun zu einer Einigung zwischen den beiden Parteien gekommen. Bürgermeister Krause legt sein Amt nieder, das dem Regierungskommissariat zur Verfügung gestellt wird. Ueber die Gegenleistung verlautet jedoch in der polnischen Presse bisher nichts.

Polizei läßt sich von einer Frau nicht betrügen.

Die Ozorkower Polizei wurde von einer Meldung der Viktoria Filipiak, einer Einwohnerin dieser Stadt, auf die Beine gebracht. Die Frau erzählte, daß sie des Nachts von zwei Männern, von denen der eine zivil der andere in eine Polizeiuniform gekleidet war, überfallen und um 2200 Zloty beraubt worden sei. Die Männer hätten sich als Polizeibeamten vorgestellt, die Schubläden durchsucht, das gefundene Geld mitgenommen, um es angeblich untersuchen zu lassen, ob es auch echt sei. Wie aber die Untersuchung ergab, hat die Frau die ganze Geschichte frei erfunden. Sie wollte nämlich ihren Mann um diese Summe, die er ihr übrigens zum Ankauf eines Ladens geschenkt hatte, ums Ohr hauen. Der Mann wollte sie auf diese Weise festhalten, da sie eine „emanzipierte" Frau ist und für ihr Leben gern nach Warschau fährt, um dort die Nachtlokale zu besuchen. Ja, sie wollte sogar nach Amerika reisen. Das alles brachte die Polizei heraus. Dafür hat nun die Polizei die phantasiebegabte Frau verhaftet. (p)

Sieradz. Unfall beim Dreschen. Im Dorfe Zawadki, Kreis Sieradz, geriet während des Getreidedreschens der 25jährige Jan Antoniewski mit der Hand in das Getriebe des Dreschkastens. Der linke Arm wurde ihm bis zum Ellenbogen zermalmt. Der Verunglückte wurde in das Kreisspital in Sieradz eingeliefert. (p)



Wielun. Schmuggler angeschossen. Beim Grenzüberschreiten wurde der Schmuggler Chaim Walter, 35 Jahre, der ein Paket Rosinen von 10 Kilo trug, von einem Grenzsoldaten angeschossen, da er dem Rufe des Soldaten, stehen zu bleiben, nicht Folge geleistet hatte. Walter kam in ein Spital, die Rosinen — aufs Zollamt. (p)

Kalisch. Die feindlichen Brüder. Vor dem Kalischer Gericht hatte sich vorgestern der 40jährige Franciszek Szymanski zu verantworten. Er war des Mordes an seiner Stiefmutter und des Mordversuchs an seinem Bruder angeklagt. Die Tat geschah am 9. Juli dieses Jahres. Die Ursache zum Mord gab ein Streit. Der aus Frankreich heimgekehrte Bruder Michal verlangte die Auszahlung seines Erbteils. Die handgreiflich gewordenen Brüder wurden von der Mutter Michals und Stiefmutter Franciszeks getrennt. Darauf rannte Franciszek nach der Scheune und kam mit einem Revolver wieder. Durch zwei Schüsse tötete er seine Stiefmutter, seinen Bruder verwundete er schwer. Nach der Tat ging er zur Polizei und erstattete Meldung. Vor Gericht erklärte der Totschläger, daß er blind gewesen sei vor Wut und nicht gewußt habe, was er tue. Da er sehr unklare Aussagen machte, ordnete das Gericht seine Ueberführung nach einer Irrenanstalt zu Beobachtungszwecken an. (p)

— Autobus fährt gegen Baum. Auf der Chaussee Kalisch-Kempno fuhr ein vom Chauffeur Xaver Felix gelenkter Autobus. Als der Chauffeur einem großen Loch in der Straße ausweichen wollte, fuhr er mit seinem Auto auf einen Baum auf. Der Motor wurde zerschmettert, die Achsen brachen, auch die Scheiben barsten. Etliche Passagiere erlitten einen Nervenchok. Sonst aber wurde niemand verletzt. (p)

Petrikau. Feldhüter erschießt einen Mann. Der vereidigte Feldaufseher des Gutes Wrobkow, Kreis Petrikau, Wojciech Banat tötete vorgestern nachmittag durch einen Schuß aus seiner Doppelflinte einen gewissen Feliks Krystla aus dem Dorfe Laski desselben Kreises. Banat gibt an, in Notwehr gehandelt zu haben. (p)

Aus dem deutschen Gesellschaftsleben

Zum Waisenhausfest. Der Festausschuß ersucht höflichst, daß etwaige Rechnungen aus Anlaß des Waisenhausfestes heute und morgen in der Kirchenkanzlei zu St. Trinitatis hinterlegt werden.

Großes Gartenfest der Deutschkatholiken. Die deutschkatholischen Kirchengesangvereine „Anna", „Cäcilie", „Gloria", „Hieronymus" und „Laudate" veranstalten am Sonntag, dem 4. September, im Braunschen Garten in Pfaffendorf ein gemeinsames großes Gartenfest mit Gesangsdarbietungen der einzelnen Vereine, Sternschießen, Scheibenschießen, Preiskegeln und Kinderbelustigungen. Die Unterhaltungsmusik liefert Kapellmeister Thonfeld. Für das leibliche Wohl der Gäste wird ein reich beschicktes Büfett Sorge tragen. Wer den Sonntag unter den schattigen Bäumen des schönen Gartens und unter Gleichgesinnten verbringen will, besuche das Fest der katholischen Kirchengesangvereine.

Radio-Stimme.

Freitag, den 2. September.

Polen.

Lodz (233,8 M.)
11.58 Zeitzeichen, Krakauer Fanfare, Programmdurchsage, 12.10 Presseumschau, 12.40 Wetterbericht, 12.45 Schallplatten, 13.35 Schallplatten, 15.35 Szallplatten, 16.35 Bericht des Zentralen Hydrographischen Instituts, 16.40 „Altpolnische Kultur", 17 Orchesterkonzert, 18 Vortrag, 18.20 Leichte und Tanzmusik, 19.15 Verschiedenes, 19.35 Radiopressejournal, 19.45 Bericht der Lodzer Industrie- und Handelskammer, Theaterrepertoire, Programdurchsage, 20 Sinfoniekonzert, 21.50 Zugabe zum Radiopressejournal, 21.55 Wetterbericht für den Flugverkehr, 22 Tanzmusik, 22.40 Sportbericht, 22.50 Tanzmusik.

Ausland.

Berlin (716 kHz, 418 M.).
11.30 Solistenkonzert, 14 Walzerstunde, 16.30 Jugendstunde, 17.15 Unterhaltungsmusik, 19.10 Chorgesänge, 21.15 Sinfoniekonzert, 22.30 Tanzmusik.

Königswusterhausen (983,5 kHz, 1635 M.).
12.10 Schallplatten, 14 Konzert, 15.40 Jugendstunde, 16.30 Konzert.

Langenberg (635 kHz, 472,4 M.).
12 Unterhaltungsmusik, 13.30 Konzert, 15.50 Kinderstunde, 17.15 und 20 Konzert, 22.30 Tanzmusik.

Wien (581 kHz, 517 M.).
12 Konzert, 15.20 Frauenstunde, 16.20 Konzert, 20.15 Bruckners Sinfonien, 22.10 Schaljapin, 22.30 Tanzmusik.

Deutsche Sozialistische Arbeitspartei Polens.

Die Ortsgruppenkonferenz

die für Sonntag, den 4. September, um 9 Uhr früh einberufen worden ist, findet im Lokal des „Fortschritt", Kilinskiego 145, statt.

Lodz-Ost. Freitag, den 2. September, um 7 Uhr abends, Vorstandssitzung mit Teilnahme des Festausschusses vom letzten Gartenfest und der Revisionskommission.